

Deutschland

13.04.2009|

Top 5 Artikel

## Müntefering schlägt gesamtdeutsche Verfassung vor

**Berlin (dpa) - Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer hat der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering vorgeschlagen, eine gesamtdeutsche Verfassung zu schaffen.**



Mit einer Deutschlandfahne und dem Transparent "Deutschland einig Vaterland" wird im Dezember 1989 in Berlin der Fall der Mauer gefeiert.

© dpa

### Mehr zum Thema

Die Köpfe der Sozial-Demokratie

### Service

N24-News als Vodcast

Aktuelle Nachrichten auf dem Handy - mit FreeMail mobile

### Schlagworte

**Müntefering, Verfassung, DDR**

Das Verhältnis zwischen Ost und West "leidet darunter, dass wir 1989/90 nicht wirklich die Wiedervereinigung organisiert haben, sondern die DDR der Bundesrepublik zugeschlagen haben", sagte er der "Bild am Sonntag".

Bei manchen Ostdeutschen gebe es weiterhin Skepsis - "nicht gegenüber den Inhalten des Grundgesetzes, aber sie sagen: "Eigentlich war doch vorgesehen, dass es nach der Einheit eine gemeinsam erarbeitete Verfassung gibt, deshalb hat die Bundesrepublik ja nur ein Grundgesetz. Aber Ihr habt uns Euer Grundgesetz einfach übergestülpt, anstatt eine gemeinsame Verfassung zu schaffen." Das muss man aufarbeiten."

Müntefering sprach sich für eine differenzierte Beurteilung der DDR aus. "Man muss zwei Dinge auseinanderhalten: Die DDR war ein Unrechtsstaat, eine Diktatur, es gab einen Schießbefehl, die Menschen waren eingesperrt. Das darf man nicht verniedlichen. Aber die allermeisten Menschen, die in der DDR gelebt haben, hatten keinen Dreck am Stecken. Sie haben versucht, so menschlich zu leben, wie es eben ging." Diese Menschen hätten "ein Recht, stolz zu sein auf das, was sie unter schweren Bedingungen geleistet haben". Die Westdeutschen hätten nach dem Krieg mehr Glück gehabt, weil ihnen die Alliierten zu Wohlstand und Demokratie verhalfen.

Die SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, sagte ebenfalls, die DDR sei "ganz eindeutig kein Rechtsstaat" gewesen. "Es gab keine Gewaltenteilung und keine unabhängigen Gerichte. Das begünstigt immer Willkür. Und Willkür ist Unrecht", sagte sie der in Dresden erscheinenden "Sächsischen Zeitung" (Samstag). "Es war ein System, das die Freiheit Andersdenkender mit Füßen getreten hat."

Der EKD-Vorsitzende Wolfgang Huber rief dazu auf, das in der DDR geschehene Unrecht nicht zu vergessen, aber auch nicht den Mut derer, die im Herbst 1989 auf die Straße gingen. Diese Menschen "standen gegen das Unrecht auf. Sie hatten Angst - aber sie hatten noch mehr Mut", sagte der Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Ostersonntag in Berlin. "Wir dürfen das Unrecht, das in der DDR geschah, nicht vergessen und nicht kleinreden. Das sind wir den Opfern schuldig. Erst dann erlauben wir auch den Mut derer, die im Herbst 1989 auf die Straße gingen."

Artikel bewerten:

1. Kids finden Miley cooler als Britney
2. Mario Gomez schockt den HSV
3. Birgit ist doof: Bedeutung der Namen
4. Lage in Bangkok spitzt sich zu
5. Busen-Assistent und Unterhosen-Wärmer

Bildergalerie



### Bau und Fall der deutschen Mauer

Von der "Aktion Rose" 1961 zur friedlichen Revolution 1989. mehr

### Such-Tipps

1. Schlagzeilen
2. Wirtschaft
3. Geschehnisse
4. Unterhaltung
5. Meldungen
6. Ausland
7. Börse
8. Politik
9. Wetter
10. Nachrichten